

# «Einheitskrankenkasse»

Abstimmung vom 11. März 2007 über die Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse». Von Thomas Wallimann

## SEHEN

Die Ende 2004 eingereichte Volksinitiative will zum einen anstelle der heute über 80 Kassen in der Grundversicherung eine vom Bund geführte Einheitskasse – zum andern sollen die Kopfprämien durch Prämien ersetzt werden, die sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Versicherten orientieren. Die Kasse wird möglichst dezentral geführt, und deren Leitungsorgan aus je einem Drittel aus VertreterInnen der Versicherten, des Gesundheitswesens und der Behörden besetzt. Die neue Einheitskasse soll spätestens drei Jahre nach einer Annahme arbeiten und dafür Aktiven und Passiven der bestehenden Einrichtungen der obli-

gatorischen Krankenpflegeversicherung übernehmen.

Der Bundesrat empfiehlt die Initiative zur Ablehnung, weil eine Umstellung auf die Einheitskasse nicht zweckdienlich sei und die Übergangsregelung zu viele Fragen offen lasse. Auch entspreche die freie Wahl der Krankenkasse einer Tradition. Die gegenwärtige Wettbewerbssituation wirke – so der Bundesrat wörtlich – «zusätzlich Kosten dämpfend». Die Diskussion in der Öffentlichkeit dreht sich vor allem darum, wer künftig wie viel zu bezahlen hat und wie viele Arbeitsplätze durch die neue Einheitskasse verloren gingen.



Nur böse Zukunftsfiktion einer Medizin auf Abwegen?: «Tanksäule zur Blutauffrischung».

Bildmontage: Prajuab Manklang, visipix.com

## URTEILEN

Ursprünglich steht hinter der Versicherungs-idee der Grundgedanke der Solidarität: «Ich helfe mit, deine Kosten zu tragen, weil du in Not bist und wir einander gegenseitig helfen.» Das fast ausschliesslich wirtschaftliche Denken hat dies heute geradezu ins Gegenteil verkehrt. Für viele gilt einzig: «Ich bezahle, also will ich etwas Gleichwertiges oder noch Besseres dafür haben.» Diese Kunden-Haltung, die in vielen Bereichen des Handels hilfreich ist, stösst dann an Grenzen, wenn offensichtlich Lasten ungerecht verteilt sind. Dies ist beim gegenwärtigen Kopfprämienmodell der Fall, weil 150 Franken Monatsprämie für ein monatliches Einkommen von 3000 Franken eine andere Belastung darstellen als für 9000 Franken. Aus dem Blick-

winkel der Verteilergerechtigkeit ist einem Modell, das Einkommen und Vermögen berücksichtigt, daher im Grundsatz der Vorzug zu geben. Ähnliches folgert auch das Gemeinwohl- und Solidaritätsprinzip. Beide erinnern daran, dass menschliches Zusammenleben mehr mit Teilen (von Vorteilen und Lasten) zu tun hat als mit kundenorientiertem Marktdenken und Eigennutzenmaximierung. Dass der Markt im Gesundheitswesen kaum funktioniert, lassen sowohl die steigenden Preise und auch die Situation bei den Grundversicherungen ahnen. Warum sonst wechseln die meisten Versicherten nicht zur kostengünstigsten Kasse? Die Gründe dafür sind systembedingt (kartellähnliche Situation) und bei den Versicherten nicht nur man-

gelnde Motivation, sondern auch Unwissen und Überforderung. Gerade Arme und Benachteiligte stossen dabei an Grenzen. Diesen Missständen will die Initiative abhelfen.

Gleichwohl bleiben viele Sachfragen des Systemwechsels ungeklärt. So einfach, wie der Abstimmungstext tönt, so komplex dürfte die Umsetzung werden. Die vorgelegten Berechnungen für Familiensituationen mit lediglich einem Kind gehen an der Tatsache vorbei, dass vor allem «Mehrkind-Familien» benachteiligt sind. Die Zahlen sind also im Hinblick auf Solidarität vorsichtig zu lesen – auch vor dem Hintergrund, dass es bereits heute über die Prämienbeiträge eine soziale Abfederung gibt, die jedoch kantonal unterschiedlich gehandhabt wird.

## HANDELN

Eine einfache Empfehlung lässt sich nicht geben. Wer die Schwierigkeiten in der Umsetzung und die bereits heute möglichen sozialen Abfederungsmassnahmen auch vor dem Hintergrund ausgeglichener Lastenverteilung stark gewichtet, wird eher Nein stimmen. Wer aber ein Signal gegen das dominierende Markt-

denken (das im Gesundheitswesen infolge der kartellähnlichen Situation ideologische Züge trägt) und dessen problematische «Kundenorientierung» setzen will, und wer gleichzeitig die Umsetzungsprobleme für lösbar hält, legt ein Ja in die Urne.

**Allgemeine Informationen** zu beiden Vorlagen finden Sie im Internet unter:  
[www.parlament.ch/homepage/wa-va-volksabstimmungen/wa-va-20070311.htm](http://www.parlament.ch/homepage/wa-va-volksabstimmungen/wa-va-20070311.htm)  
 Ja-Komitee: [www.einheitskasse-ja.ch/d/index.html](http://www.einheitskasse-ja.ch/d/index.html)  
 Nein-Komitee: [www.einheitskasse.ch](http://www.einheitskasse.ch)